

Die unguten Folgen der extern gesteuerten Bildungsreform in der Schweiz

Category: Blog

geschrieben von Gastautor | 17. März 2026



Vor gut 25 Jahren hat die Schweiz ihre Eigenständigkeit in der Entwicklung ihrer Bildungsinstitutionen aufgegeben und sich im Hochschulbereich mit dem Bologna-Prozess wie auch in allen weiteren Schulstufen mit den Pisa-Studien dem Diktat internationaler Organisationen, sprich der EU und der OECD, unterstellt.

Dies geschah ohne Notwendigkeit, zumal unser Bildungswesen weltweit einen ausgezeichneten Ruf genoss, insbesondere hinsichtlich seiner Fähigkeit, der Bevölkerung insgesamt ein hohes Bildungsniveau zu ermöglichen. Jedermann in der Schweiz weiss: Unser einzig wirklich kostbarer Rohstoff ist die Bildung.



Beat Kissling,

Erziehungswissenschaftler
, Psychologe, und pens.
Gymnasiallehrer:
Ernüchternde Bilanz.

Ethos der Schule

Als die Schweiz 1989 erstmals Bildungsexperten der OECD das Schweizer Volksschulwesen evaluieren liess, sprachen diese in ihrem Bericht sehr anerkennend vom «Ethos der Schule», dem sie begegnet waren, und bestätigten damit die Verbundenheit der Bevölkerung mit der öffentlichen Schule.

Damals lag die Aufsicht über die Volksschule bei der Schulpflege beziehungsweise beim Schulrat, einer Milizbehörde ganz im Sinne der direkten Demokratie. Inzwischen ist unter internationalem Einfluss alles professionalisiert worden: Managementstrukturen (Schulleitungen und Verwaltungsbeamte mit CEO-Status) steuern den «Schulbetrieb», kontrollieren mit Vergleichstests die vereinheitlichten Schülerleistungen, und die Schulen und Lehrpersonen sind in andauernde aufwendige Evaluationsschleifen eingebunden. Inhalte spielen eine untergeordnete Rolle. Stattdessen gaukeln Kompetenzen, die man mit Methodentraining am besten fördern kann, vor, das Lernen sei elaborierter geworden.

Die ernüchternde Bilanz nach neun Schuljahren, siehe letzte Pisa-Studie, zeigt aber: Ein Viertel der Schülerinnen und Schüler kann kaum lesen und schreiben, etwas, das man normalerweise nach drei Schuljahren erreicht. Ausserdem entwickeln immer mehr Jugendliche psychische Störungen, und die Zahl derjenigen, die für eine Lehre kaum befähigt sind oder gar eine IV-Rente benötigen, wächst stetig.

Und die Lehrpersonen? Wieso der dauernde Mangel an qualifizierten Lehrpersonen? Die Überforderung aufgrund der überfrachteten Integration, der Zwang zur pädagogischen Abstinenz im heutigen «Classroom-Management» beim «selbstorganisierten Lernen» (coachen statt unterrichten), das immer weiter zunehmende «teaching to the test» durch die implementierte utilitaristische Testkultur und die enorme Ausweitung von Administrationsaufgaben haben aus dem Beruf weitgehend einen Verwaltungsjob gemacht.

Viele Lehrkräfte leiden darunter, ihrer eigentlichen Berufung als Pädagoginnen und Pädagogen so nicht gerecht werden zu können, und wenden sich erschöpft und enttäuscht anderen Berufen zu.

Sie war über die durchschlagende Wirkung sehr erstaunt und wunderte sich, dass trotz den vielen «Veto-Playern» (demokratischen Hürden) die internationale Bildungspolitik ohne Einschränkung umgesetzt wurde.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Die deutsche Politologin Tonia Bieber hat 2010 in einer Studie den steuernden Einfluss der EU- und der OECD-Bildungspolitik auf das Schweizer Bildungssystem untersucht. Sie war über die durchschlagende Wirkung sehr erstaunt und wunderte sich, dass trotz den vielen «Veto-Playern» (demokratischen Hürden) die internationale Bildungspolitik ohne Einschränkung umgesetzt wurde. Die Schweizer Erziehungswissenschaftlerin Regula Bürki hat 2017 in ihrer Dissertation dokumentiert, wie die föderalistische Entscheidungskultur in der Bildung ausser Kraft gesetzt wurde. Und schon 2009 hatte der frühere Bildungspolitiker und Präsident der Eidgenössischen Fachhochschulkommission Hans Zbinden festgestellt, dass der Nachvollzug von europäischen Reformen immer mehr an Parlamenten und an der Öffentlichkeit vorbeigehe.

Angesichts der verhängnisvollen Schulentwicklung ist es an der Zeit, von den politischen Verantwortlichen einen Marschhalt zu verlangen. Es geht um die Besinnung auf Bewährtes, ohne natürlich dabei die neuen zusätzlichen Herausforderungen (zum Beispiel Digitalisierung) ausser acht zu lassen. Zum Wohle kommender Generationen und der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Stabilität in unserem Land ist eine grundsätzliche, demokratisch legitimierte Neuorientierung dringend notwendig.